



Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
Maximilianstraße 7, A-6020 Innsbruck
Tel: 0800/22 55 22, Fax: 0512/53 40-1459
wirtschaftspolitik@ak-tirol.com, www.ak-tirol.com

Bundesarbeitskammer
Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien

G.-Zl.: WP-IN-2019/267/DORI/ANBE Bei Rückfragen Dr. Domenico Rief
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Klappe 1455 Innsbruck, 04.02.2019

Betrifft: EU-Steuerpolitik 2019

Bezug: Ihr Schreiben vom 21.01.2019
zust. Referent: Frank Ey

Sehr geehrter Herr Dr. Ey,

die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol begrüßt die Initiative der Kommission, im Bereich der europäischen Steuerpolitik vom Prinzip der Einstimmigkeit abzugehen und auch in diesem Bereich das ordentliche Gesetzgebungsverfahren unter voller Einbeziehung des Europäischen Parlaments anwenden zu wollen.

Wie von der Europäischen Kommission treffend dargestellt, behindert das Einstimmigkeitsprinzip eine faire Steuerpolitik innerhalb der Europäischen Union und schafft zugleich einen Steuerwettbewerb unter den Mitgliedsstaaten, welchen wir klar ablehnen. In diesem Punkt möchten wir der Kommission auch ausdrücklich widersprechen, denn Steuerwettbewerb an sich ist schlecht. Wenngleich die Europäische Kommission hier die negativen Auswirkungen von Steuerwettbewerb zwar darstellt, traut sie sich noch nicht, den Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten klar zu verurteilen. Um internationale Konzerne anzuziehen sind diverse Mitgliedsstaaten, so auch Österreich, bereit die Steuersätze der Körperschaftssteuer zu senken. Dies führt zu einem Kreislauf nach unten, welcher darin endet, dass jene Einkünfte, welche dem Steuersystem weniger leicht entgehen können, stärker besteuert werden, um die Einnahmehausfälle aus der Körperschaftssteuer zu kompensieren. Dies führt zu einer stärkeren Belastung von Einkommen aus unselbständiger Arbeit und von Verbrauchern. Zudem stehen dem Staat zur Finanzierung eigener Maßnahmen, wie beispielsweise dem Sozialsystem, weniger Mittel zur Verfügung.

Die Kommission möchte die Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips im Bereich der Steuerpolitik in vier Schritten durchführen, wobei hier aus unserer Sicht durchaus Eile geboten scheint, da nicht nur Steuerbetrug und Steuervermeidung vorrangig hintanzuhalten sind, sondern eine faire Besteuerung von Unternehmen in Europa beispielsweise durch eine gemeinsame Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage und EU-weite Mindestkörperschaftssteuersätze dringend geboten ist.

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol unterstützt daher das Vorhaben der Kommission, im Steuerbereich das Einstimmigkeitsprinzip durch Anwendung der Überleitungsklauseln des EUV und AEUV zu beseitigen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



(Erwin Zangerl)

Der Direktor:



(Mag. Gerhard Pirchner)